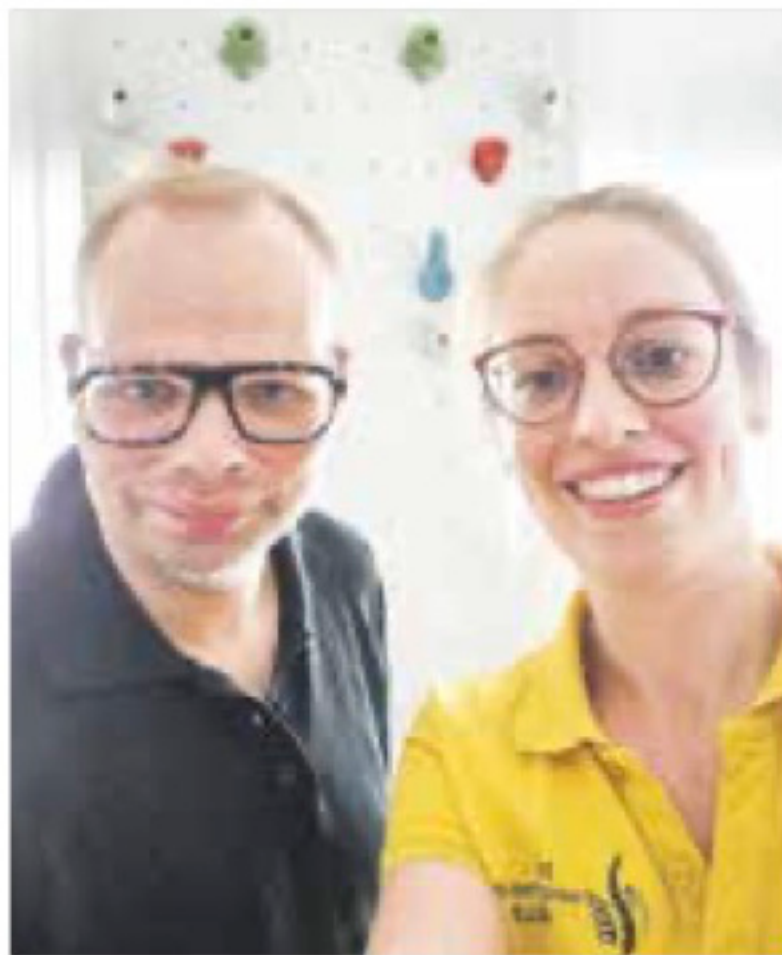


Politischer Austausch in der Physiotherapie

Die Physiotherapie in Deutschland steht vor einer ungewissen Zukunft. Während die Nachfrage nach physiotherapeutischen Leistungen stetig steigt, diskutiert die Politik über Maßnahmen zur Begrenzung der Gesundheitsausgaben. In der Branche wächst die Sorge, dass Sparpläne der Bundesregierung einen Bereich treffen könnten, der bereits heute unter Fachkräftemangel und wirtschaftlichem Druck leidet.

Die Physiotherapeutin Ricarda Uhlemeyer von der Ronsdorfer Physiotherapie Keller & Uhlemeyer nutzte deshalb das Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten Helge Lindh (SPD) und Jürgen Hardt (CDU), um auf die möglichen Folgen des geplanten Beitragsstabilisierungsgesetzes für die ambulante Patientenversorgung aufmerksam zu machen. Sie ist Wuppertaler Vertreterin des Bundesverbandes selbstständiger Physiotherapeuten, IFK.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Kritik, dass ausgerechnet ein Versorgungsbereich belastet werden soll, der bereits heute unter erheblichem Fachkräftemangel leidet. Nach den aktuellen Plänen sollen Vergütungssteigerungen im Heilmittelbereich erneut an die Grundlohnsumme gekoppelt und zusätzlich ein pauschaler Abschlag



Ricarda Uhlemeyer mit dem Bundestagsabgeordneten Helge Lindh (SPD). Mit Jürgen Hardt (CDU) sprach sie per Videokonferenz.

Foto: privat

von einem Prozent eingeführt werden. Aus Sicht der Physiotherapie bedeutet dies eine doppelte Begrenzung der Vergütung, obwohl die Kosten für Personal, Energie und Mieten kontinuierlich steigen. Weitere Einschränkungen bei den Vergütungen würden die Abwanderung von Fachkräften beschleunigen und die ohnehin angespannte Versorgungslage weiter verschärfen. Auf einen arbeitslosen Physiotherapeuten kommen aktuell drei gemeldete offene Stellen, wobei diese meist monatelang unbesetzt bleiben.

Dabei kann Physiotherapie Operationen vermeiden, Krankenhausaufenthalte verkürzen, Chronifizierungen verhindern und Pflegebedürftigkeit hinauszögern, wie Ricarda Uhlemeyer erläutert. Einsparungen in diesem Bereich könnten deshalb langfristig sogar höhere Kosten für das Gesundheitssystem verursachen.

Die Gespräche mit Helge Lindh und Jürgen Hardt seien von einem offenen Austausch geprägt gewesen. Für Ricarda Uhlemeyer bleibt entscheidend, dass die Perspektive der Heilmittelerbringer frühzeitig in die politischen Beratungen einfließt. Statt pauschaler Kürzungen brauche es eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, ohne die ambulante Versorgung weiter zu schwächen.

Ob die diskutierten Sparmaßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, ist derzeit noch offen. Die Debatte zeige, so Ricarda Uhlemeyer, wie angespannt die finanzielle Lage im deutschen Gesundheitswesen geworden ist. Für viele Physiotherapeuten gehe es dabei nicht nur um Vergütungssätze, sondern um die Zukunft ihres Berufsstandes – und für Millionen Patienten um den Zugang zu einer wichtigen medizinischen Versorgung.